

Syvicol zur Vereinfachung der Verwaltungsabläufe

Gemeinden wollen weniger Kontrolle

Robert Schneider

Der Verwaltungshengst wiehert gar heftig im Lande Luxemburg und die Regierung, die dies verstanden hat, hat sich die Vereinfachung der Prozeduren zum Ziel gemacht. Auch die Gemeinden fühlen sich durch unnötige administrative Schritte und überflüssige und anachronistische Verwaltungsschritte belastet und möchten neben den Bürgern und den Unternehmen von der „simplification administrative“ profitieren.

Dies geht aus einer Pressekonferenz hervor, die gestern im Sitz des Syvicol stattfand und während der Dan Kersch, aktueller Präsident des Syndikats der Luxemburger Gemeinden Syvicol und Bürgermeister von Monnerich, unter anderem die schnelle Abschaffung der Distrikt-Kommissariate forderte.

Noch vor der politischen Sommerpause wollten die Gemeinden die Regierung mit ihren Forderungen vertraut machen, damit im Herbst Lösungen gefunden werden können, so Kersch, der gleich mit einem aktuellen Beispiel erklärte, wie schwierig die aktuellen Prozeduren für die Kommunen sind: Im Oktober 2009 erreichte die Gemeinden ein Rundschreiben des Innenministeriums, das besagte, die Gemeindetaxen müssten künftig die Kosten der entsprechenden Dienstleistungen decken.

So sollte das Wasser den Bürgern ab 1. Januar zu einem kostendeckenden Preis verkauft werden.

Für viele Gemeinden war die Frist von weniger als drei Monaten zu kurz zur Umsetzung, andere schafften es, neue Preise zu berechnen, und berücksichtigten diese bei der Aufstellung des Haushaltes 2010.

Allerdings warten diese Kommunen immer noch auf einen Bescheid des Innenministeriums, ob sie diese Preise denn nun an-



Dan Kersch und Paul Weidig, Präsident und Vizepräsident der Luxemburger Gemeinden

wenden dürfen, was zu erheblichen Differenzen in den Haushaltsplänen führen kann.

Doch auch auf zahlreichen anderen Gebieten fühlen die Gemeinden sich allzu sehr bevormundet und möchten weniger abhängig vom Innenministerium sein.

Distrikt-Kommissariate schließen

Die administrative Vormundschaft („Tutelle administrative“) geht dem Syvicol nicht nur zu weit; sie entspreche auch nicht der europäischen Charta der lokalen Autonomie. Es gebe einen

parteiübergreifenden Konsens zu dieser Frage; nur bei der Umsetzung hapere es.

So gebe es keinen Grund, die Distrikt-Kommissariate weiter bestehen zu lassen, so Kersch, der fordert, dass die Kommissare und Beamten im Innenministerium, die mit kafkaesken Kontrollaufgaben betraut sind, anders und besser einzusetzen. Etwa um die Wartezeiten (siehe oben) zu verkürzen.

So geht das Mitspracherecht des Innenministeriums bei Personalangelegenheiten den Gemeinden viel zu weit. Die Schaffung von neuen Stellen, Ersatz bei längeren Fehlzeiten des Gemeinde-sekretärs- oder Einnehmers, provisorische Ernennungen, Fest-

setzung der Löhne der Privatbeamten und Gemeindearbeiter, Schaffung von Halbtagsjobs seien alles Angelegenheiten, bei denen die Gemeinden kein Einverständnis des Ministeriums brauchen würden.

Genehmigungen für Kleinigkeiten

Auch andere kommunale Tätigkeiten, die immer noch das Einverständnis des Innenministeriums brauchen, könnten ohne dieses auskommen, so Kersch.

Beispiele sind die Präsenzen im Gemeinderat, der Ort der Gemeinderatssitzung, die Entschä-

digungen, die Modifizierung des Rangs der Schöffen ...

Auch bei den Gemeindefinanzen fordert das Syvicol mehr Unabhängigkeit.

Durch Gesetze, die bereits im Vorfeld so geschrieben werden, dass die Gemeinden nicht mit Mehrarbeit belastet werden, und eine durch Standardisierung der Prozeduren könne der zunehmenden administrativen Belastung der Gemeindedienste Einhalt geboten werden.

Jedes neue Gesetz sollte deshalb einen Anhang mit den Auswirkungen auf die Gemeinden haben.

Das Prinzip „silence vaut accord“ sollte auch für die Verbindungen zwischen Staat und Gemeinden gelten. Die Prinzipien von Proportionalität und Subsidiarität sollten außerdem angewandt werden.

Schließlich soll verstärkt auf elektronische Kommunikationsmittel gesetzt werden; eigentlich eine Selbstverständlichkeit im frühen dritten Jahrtausend.

Übersicht im Internet

Am Rande der gestrigen Pressekonferenz stellte das Syvicol seinen neuen Internet-Auftritt vor.

Unter www.syvicol.lu sind zahlreiche interessante Informationen über die Luxemburger Gemeinden zu finden, Aktuelles wird behandelt, die Kommunikation mit den Gemeinden wird erleichtert und die diversen Stellungnahmen des Gemeindefinanzsyndikats sind hier zu finden.

So auch die aktuelle Stellungnahme zur administrativen Vereinfachung.

Studienbeihilfen

Jusos geben Minister „eng Datz“

Die Jungsozialisten zeigen sich in einer Pressemitteilung „entsetzt“ über die Art und Weise, wie die Reform der staatlichen Hilfen für Studierende von Hochschulminister François Biltgen durchgezogen wurde. Es gebe Unklarheiten und Mängel; die Vorbereitungen zum entsprechenden Gesetzesprojekt seien konfus.

Das Ziel sei nicht klar, die Zahlen widersprüchlich, die Auswirkungen auf die Familien nicht genügend untersucht und die Auswirkungen auf die Staatsfinanzen nicht transparent.

Der Hochschulminister habe außerdem die Stellungnahmen der Studentenvertreter weitgehend ignoriert. Der Aspekt der sozialen Gerechtigkeit sei in dem neuen Gesetz nicht gegeben, auch wenn der Minister es anders darstellen möchte, so die Jungsozialisten. Beschämend sei die Tatsache, dass die Einsparungen besonders die Grenzgänger treffen. Die Parteijugend begrüßt allerdings die Einführung eines Grundeinkommens für Studierende.

Wirtschafts- und Sozialrat: Die Frage der Messung des Wohlbefindens und der Entwicklung

Wie sehen verschiedene Staaten die Fortschrittsindikatoren?

Spätestens seit dem Stiglitz-Bericht von Januar 2008 ist die Messung des Wohlbefindens durch andere Instrumente als das Bruttonationaleinkommen ein Thema. Gestern fand auf Einladung des Wirtschafts- und Sozialrates ein Seminar zu der Frage in den Räumen des Wirtschafts- und Sozialrates statt.

Hauptredner der Veranstaltung, die Bestandteil der vorbereitenden Arbeiten für einen entsprechenden Abschlussbericht der internationalen Vereinigung der Wirtschafts- und Sozialräte (AICESIS) ist, war Josep Borrell, Präsident des „Institut universitaire européen de Florence“.

Unter dem Motto „Die Messung der sozialen Entwicklung – ein langer Weg vom BIP zur Messung des Fortschritts“ erinnerte er an die Resultate der Stiglitz-Untersuchung.

Krisen bieten Chancen

Der Rahmen der nationalen Buchführungen soll durch die Inbetrachtung der öffentlichen Dienste verbessert werden, das



Die ganze Woche werden die Teilnehmer am Seminar sich mit alternativen Messinstrumenten zum Wohlbefinden in einer Gesellschaft beschäftigen

Einkommen der Haushalte soll eine wichtigere Rolle spielen als die Produktionszahlen, es soll nicht zu stark auf die Durch-

schnittswerte geachtet werden, um bessere Informationen über Ungleichgewichte zu bekommen, und das statistische Material über

Lebensqualität und Nachhaltigkeit soll genauer werden.

In Krisenzeiten, so Borrell, gebe es eine Tendenz, sich auf das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes zu konzentrieren, aber die Krisen böten auch die Gelegenheit, andere Faktoren und Indikatoren genauer zu betrachten. Beispiele sind der soziale und wirtschaftliche Zusammenhalt in Gesellschaften und die wachsenden Ungleichheiten in und zwischen Gesellschaften.

Neue Instrumente würden zu diesem Zweck gebraucht und der Redner nannte einige wissenschaftliche Beispiele hierfür, wie den „Gini“-Koeffizienten, der die Ungleichheiten beim Einkommen misst.

Beschäftigungsminister Nicolas Schmit stieß zum Mittagessen zu dem Seminar und referierte kurz über die Notwendigkeit neuer Messinstrumente.

Heute wird ein Rundtischgespräch mit Nachhaltigkeitsminister Claude Wiseler, dem ehemaligen Präsidenten des Wirtschafts- und Sozialrates Lucien Thiel und dem Rektor der Universität Luxemburg, Dr. Prof. Rolf Tarrach, stattfinden.

Das Seminar dauert noch bis zum Freitag dieser Woche an.

r.s.